



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 3/2008

SENDESPERRFRIST: 25. Januar 2008, 11.00 Uhr

SPERRFRIST: 25. Januar 2008, 12.00 Uhr

**Jeder fünfte abhängig Beschäftigte im Osten verdient
weniger als 7,50 Euro je Stunde**

Ansprechperson: Birgit Schultz (Tel.: 0345/ 77 53 818)

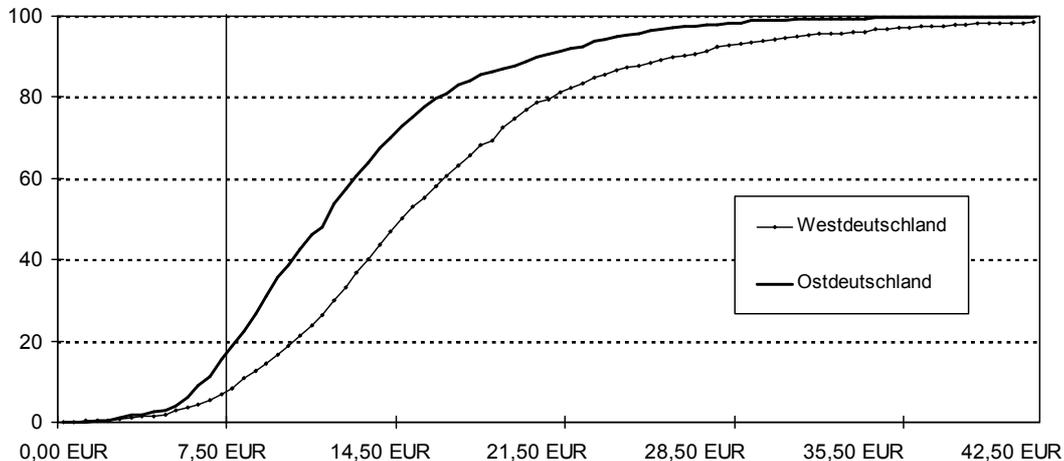
Halle (Saale), den 25. Januar 2008

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Aktuelle Trends

Jeder fünfte abhängig Beschäftigte im Osten verdient weniger als 7,50 Euro je Stunde

– Kumulierte Anteile (in %) der abhängig Beschäftigten* mit einem Brutto-Stundenlohn von ... bis ... Euro –



* Arbeiter, Angestellte und Beamte, ohne Ein-Euro-Jobber, Auszubildende und Praktikanten.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel Deutschland, 2006; Berechnungen des IWH.

In der aktuellen Debatte zur Einführung eines Mindestlohns werden verschiedene Vorschläge zur Ausgestaltung und zu dessen Höhe genannt. Vielfach wird ein Mindeststundenlohn von 7,50 Euro diskutiert. Das entspräche bei einer 40-Stunden-Woche ca. 1 300 Euro brutto monatlich. Eine aktuelle Auszählung des Sozio-oekonomischen Panels durch das IWH ergab, daß im Jahr 2006 in Ostdeutschland fast jeder fünfte und in Westdeutschland jeder zwölfte abhängig Beschäftigte weniger als 7,50 Euro je Stunde verdiente. Im Jahr 2000 befanden sich in Ostdeutschland 25% und in Westdeutschland 9% in dieser Gruppe. In Frankreich mit einem dem deutschen ähnlichen Sozialsystem erhielten 16,8% der Beschäftigten den Mindestlohn in Höhe von 1 254 Euro je Monat.^a In Spanien hingegen liegt der monatliche Mindestlohn bei 666 Euro und wurde 2005 von weniger als einem Prozent der Arbeitnehmer bezogen.

Bei Einführung eines Mindestlohns in Deutschland ist weithin unklar, wie sich das Arbeitsmarktregime anpassen wird. Vermutlich sind die Beschäftigten, die bislang weniger als den Schwellwert verdienen, potentiell von Arbeitslosigkeit bedroht. Dies gilt insbesondere für geringqualifizierte Erwerbstätige. Sollte der Mindestlohn nicht durch ihre Produktivität gedeckt sein, dürften diese Arbeitsplätze tatsächlich wegfallen. Die Unternehmen können auf die Einführung eines Mindestlohns mit einer Ausweitung der unbezahlten Mehrarbeitsstunden reagieren. Das wiederum würde dazu führen, daß ein Teil der Beschäftigten überflüssig wird. Hinzu kommt, daß qualifizierte Arbeitskräfte, die nahe an der Mindestlohngrenze verdienen, einen Anreiz haben, höhere Löhne einzufordern, um einen der Qualifikation gerechten Lohnabstand herbeizuführen. Wie sich die Einführung des Mindestlohns auf den Anstieg der Arbeitskosten bei den Unternehmen insgesamt auswirkt, ist nicht genau abschätzbar. Bei erhöhten Kosten werden die Unternehmen versuchen, über die Anhebung der Preise ihre Ertragssituation zu sichern. Dadurch würde das allgemeine Preisniveau angehoben und folglich der Reallohn sinken. Das führt letztendlich dazu, daß das sozialpolitisch motivierte Ziel von Arbeit mit existenzsichernden Löhnen für alle nicht erreicht wird.

Hans-Ulrich Brautzsch (Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

Birgit Schultz (Birgit.Schultz@iwh-halle.de)

^a Vgl. dazu Pressemitteilung 85/2007 Eurostat (ec.europa.eu/eurostat).